

II- 300 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 8. Juli 1970 No. 234/5

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.GRUBER, BURGER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Preissteigerungen

Arbeiterkammerpräsident Hrdlitschka hat vor kurzem noch
bekräftigt, die Kammer habe den Auftrag, die Interessen
der Arbeitnehmer und Konsumenten auch gegenüber der der-
zeit im Amt befindlichen Bundesregierung wahrzunehmen.

In den vergangenen Jahren verging auch kaum eine Vollver-
sammlung einer Arbeiterkammer, in der nicht Probleme wie
Preissteigerungen und andere Fragen, die die wirtschaft-
liche Lage der Arbeitnehmer besonders berühren, zur Sprache
kamen und Resolutionen sowie Stellungnahmen beschlossen
wurden, die in eindringlicher Form auf derartige Fragen
hinwiesen.

Die Zeit des letzten Wahlkampfes sei als Beispiel genannt,
da hier die Arbeiterkammern in ihren Informationen ständig
von exorbitanten Preisanstiegen sprachen.

Im Vergleich der Monate Mai 1969 und Mai 1970 beträgt die
Steigerung des Preisindexes 4,2 %, zieht man den Juni
letzten und heurigen Jahres zum Vergleich heran sogar 4,6 %.

Zweifellos wäre heute ein Protest an die Bundesregierung
notwendiger denn je, sicher aber angebrachter als zur Zeit
des Wahlkampfes. Die grundsätzliche Bereitschaft, die Bundes-
regierung zu kontrollieren und zu kritisieren, wäre ja laut
AK-Präsident Hrdlitschka auch vorhanden (siehe oben).

Den unterzeichneten Abgeordneten ist aber von derartigen Stellungnahmen der Arbeiterkammern, mit Ausnahme von Vorarlberg, nichts bekannt und sie stellen daher die

A n f r a g e :

- 1.) Haben sich die Arbeiterkammern wegen der hohen Preissteigerungen der letzten Zeit mit Stellungnahmen an die Bundesregierung gewandt?
- 2.) Wenn ja, wie lautet der Inhalt dieser Stellungnahmen?
- 3.) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Preisauftrieb zu steuern bzw. allfälligen derartigen Vorschlägen der Arbeiterkammern Rechnung zu tragen?
- 4.) Falls Sie die erste Frage verneinen müssen, liegen der Bundesregierung irgendwelche andere Stellungnahmen der Arbeiterkammern vor, die sich mit der Politik der Bundesregierung nach dem 20. April 1970 auf dem Wirtschafts- und Preissektor kritisch auseinandersetzen und wie lautet der genaue und vollständige Wortlaut dieser Stellungnahmen? *(Handwritten mark)*